

Die Personalversammlung aller an Schule Beschäftigten fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf...

...den nicht unterrichtenden Beschäftigten, die in Teilzeit an Schulen arbeiten, ein Angebot für die Aufstockung ihrer Stunden an ihrem jeweiligen Einsatzort zu unterbreiten.

Das kann in Form von mehr Kooperationszeit geschehen und durch neue Konzepte, z. B. für den Ganzttag, die eine Vollzeitbeschäftigung an einer Schule ermöglichen.

Zukünftig soll allen Beschäftigten gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit eine Vollzeitstelle angeboten werden.

Begründung

Angesichts des weiter zunehmenden Fachkräftemangels ist es nicht nachvollziehbar, wenn nicht unterrichtenden Beschäftigten keine Vollzeitbeschäftigung angeboten wird. Viele arbeiten mit geringer Stundenzahl und sind daher von Altersarmut bedroht.

Das in der entsprechenden Dienstvereinbarung verbriefte Recht auf Vertragsaufstockung vor Neueinstellung muss konsequent umgesetzt werden.

(Antragsteller:innen: Angelika Hanauer, Maike Rullkötter, Christian Dirbach, Gertrud Büter)